

Tiefere Prämien für Zusatzversicherte

SPITALKOSTEN Seit 2012 sind die Kosten bei den Spitalzusatzversicherungen gesunken. Jetzt sinken auf Druck der Aufsichtsbehörde auch die Prämien. Am deutlichsten beim Produkt «Allgemeine Abteilung ganze Schweiz».

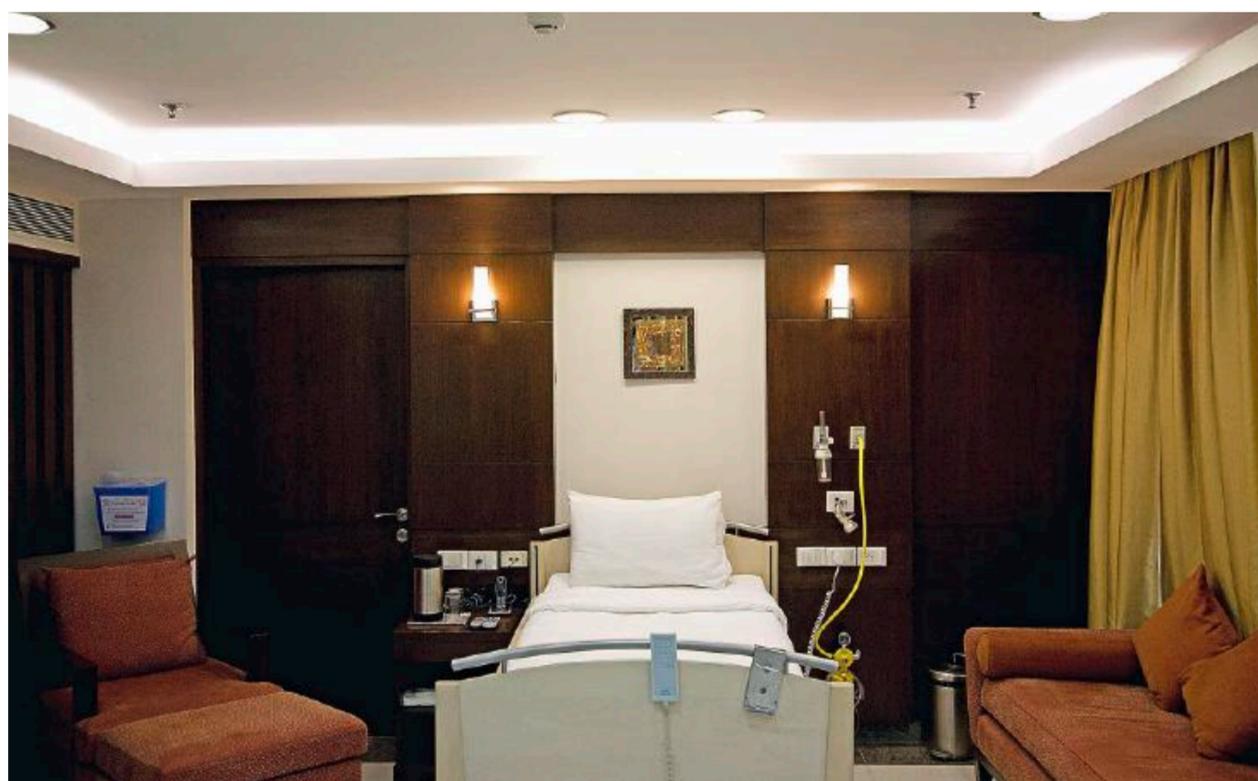
Was lange schon erwartet wurde, tritt nun ein: Die Prämien für Spitalzusatzversicherungen sinken. Allerdings war dazu teilweise das Eingreifen der Finanzmarktaufsicht (Finma) nötig, wie diese gestern an einer Medienkonferenz deutlich machte. Die Kosten sind im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen, insgesamt um 582 Millionen Franken. Zurückzuführen ist dies auf die neue Spitalfinanzierung. Diese ist seit Januar 2012 in Kraft und hat zu einer Verschiebung geführt: Ein Teil der Kosten, der früher von den Zusatzversicherungen übernommen wurde, wird jetzt von der Grundversicherung und den Kantonen bezahlt. Beim Produkt «Allgemeine Abteilung ganze Schweiz» ist dies am deutlichsten spürbar. Hier sind die Kosten 2012 gegenüber dem Vorjahr um 73 Prozent tiefer. Bei den Produkten Halbprivat und Privat waren die Kosten um 16 Prozent beziehungsweise 18 Prozent tiefer.

Prämiensenkung

Die Zusatzversicherten spürten von dieser Entlastung bisher allerdings wenig. Weil sie ab einem gewissen Alter oder im Krankheitsfall aber nicht einfach zu einem günstigeren Versicherer wechseln können – bei den Zusatzversicherungen gibt es keinen Aufnahmehang –, muss die Aufsichtsbehörde genau hinschauen. Das hat sie nun getan. Man habe zu einer ausserordentlichen Massnahme gegriffen, sagte Markus Geissbühler von der Finma: Die Versicherer mussten sämtliche Spitalzusatztarife zur Prüfung vorlegen.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 3,5 Milliarden Franken Prämien für Spitalzusatzversicherungen bezahlt. Bei 22 Versicherern hat die Finma nun «zum Teil massive Anpassungen» verlangt. Nach «intensivem Dialog» verlangten alle Versicherer die Finma-Vorgaben akzeptiert. Das Resultat: Die Prämien der Spitalzusatzversicherungen werden für 2014 um insgesamt 240 Millionen Franken gesenkt und Überschüsse sollen 2014 rückvergütet werden.

Beim Produkt Allgemeine Abteilung sinken die Prämien um durchschnittlich 40 Prozent. Bei



Mehr Komfort im Spitalzimmer hat seinen Preis. Wer ihn will, schliesst eine Spitalzusatzversicherung Halbprivat oder Privat ab. Diese Zusätze garantieren zudem die freie Arztwahl im Spital.

Getty Images

den verschiedenen Produkten können die genauen Veränderungen aber je nach Alter und Kanton beträchtlich schwanken.

Gewinn ist möglich

Wenn ihre Gewinne zu hoch zu werden drohen, müssen die Versicherer ihre Tarife senken. Darauf habe man die Versicherer hingewiesen, fuhr Geissbühler fort. Die Versicherungen hingegen hätten mit Unwägbarkeiten bei Tarifverhandlungen argumentiert sowie mit Unsicherheiten bezüglich Spitalisten und unklaren Auswirkungen der Fallpauschalen. Die Finma aber habe auf Prämienreduktionen beharrt.

Dass nicht die ganzen 582 Millionen Franken weitergegeben werden, dafür hat die Finma Verständnis. 2011 seien die Produkte Halbprivat und Privat defizitär gewesen, diese könnten sich nun erholen. Zudem seien Altersrückstellungen nötig. Und nicht zuletzt sei es den Zusatzversicherern erlaubt, Gewinne zu machen. Dass diese missbräuchlich hoch seien, dafür habe die Finma keine Anzeichen gefunden. Auch wenn nur ein Teil der Entlastung über Prämienenkungen weitergegeben werde, würden die Prämien nun den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Brigitte Walser

HINTERGRUND

Wozu braucht man noch Spitalzusatzversicherungen?

Die Grundversicherung deckt einen immer grösseren Teil der Spitalkosten ab. Warum soll man überhaupt noch teure Spitalzusatzversicherungen abschliessen? Drei Fachleute antworten.

In einem Punkt sind sich die Experten einig: Auch wer nur die Grundversicherung hat, erhält alle Leistungen, die medizinisch notwendig sind. Das sagen sowohl die Berater Ruedi Ursenbacher (Fairversicherungsberatung) und Michael Gäumann (Vermögenszentrum) als auch Felix Schneuwly, der Krankenkassenexperte von Comparis.ch. Daraus folgt: Die Zusatzversicherungen dienen rein dem «Komfort» (Schneuwly) oder gar dem «Luxus» (Gäumann und Ursenbacher).

Wer das will, wirft für die Spitalzusätze Halbprivat und Privat je nach Alter mehrere Hundert Franken im Monat auf. Dafür erhält er zwei Vorteile: Die Unterbringung ist angenehmer, vor allem muss man das Zimmer höchstens mit einer Person teilen (Halbprivat) oder hat es ganz für sich alleine (Privat). Zudem garantieren beide Zusätze die freie Arztwahl im Spital. Ausserhalb des Spitals dürfen auch Grundversicherte den Arzt frei wählen, im Spital grundsätzlich nicht. Halbprivat- oder Privatpatienten hingegen können nicht nur den Arzt wählen, sondern werden laut den Experten auch rascher behandelt und erhalten einen Termin nach Wahl.

Der Grund ist simpel: Ärzte und Spitäler erhalten deutlich höhere Entschädigungen, wenn sie Zusatzversicherte behandeln. Neben den Fallpauschalen, mit denen Kantone und Grundver-

sicherung die Behandlungskosten für alle decken, zahlen die Krankenkassen für Halbprivat- und Privatpatienten zusätzlich.

Nun ist aber oft zu hören, auch Grundversicherte könnten den Spitalarzt teilweise wählen, zumindest in Regionen und Fachgebieten mit grosser Konkurrenz – so etwa in Bern in der Orthopädie. Ursenbacher bestätigt das aus eigener Erfahrung: Er kam in einem Berner Privatspital in den Genuss derselben Vorzüge, die Halbprivat- und Privatversicherte teuer erkaufen. «Aber man kann natürlich nie sicher sein, dass das klappt.» Schneuwly weist zudem darauf hin, dass der Wettbewerb die Kapazitäten verknappen dürfte: «Dann werden Allgemeinversicherte den Arzt kaum mehr wählen können. Und vor allem müssen sie länger auf Termine warten.»

«Allgemein ganze Schweiz» eher unnötig

Was ist mit der günstigsten Zusatzversicherung «Allgemein ganze Schweiz»? Braucht man die noch, obwohl seit 2012 die freie Spitalwahl gilt? Auch hier sind die Fachleute einig: In kleinen Kantonen mit tiefen Spitaltarifen sei dieser Zusatz sinnvoll. Sonst müssten zum Beispiel Freiburger, die partout in Bern behandelt werden wollen, die Differenz zu den höheren Berner Tarifen selber bezahlen. Im Umkehrschluss heisst das: Da in Bern die Tarife hoch und das Spitalangebot riesig ist, ist dieser Zusatz hier nur für Personen nötig, die besondere Wünsche – Ursenbacher erwähnt als Beispiel eine anthroposophische Klinik ausserhalb des Kantons Bern – haben. *fab*

Gesehen

Es braucht Frauen – hinter der Kamera

Darf man die Geschichte der Schweiz nur anhand männlicher Helden erzählen? Zum Auftakt der umstrittenen **Dokufiktion «Die Schweizer»** des Schweizer Fernsehens diskutierten gestern Historiker, Autoren und SRG-Generaldirektor Roger de Weck im «Club Extra» darüber.

«Die Schweizer Geschichte ist eine ziemlich bärtige», verteidigte De Weck das Sendekonzept. Bis zur Gründung des modernen Bundesstaats 1848 seien eben Männer die massgeblichen Personen gewesen. Die Historikerinnen und Historiker in der Runde liessen diesen Einwand nur bedingt gelten: Wenn das Fernsehen sechs Männerköpfe zeige und dazu die Frage stelle «Wer sind wir?», dann fühle sie sich nicht angesprochen, meinte Elisabeth Joris, Mitherausgeberin von «Frauengeschichte(n)». Die erste Folge von «Die Schweizer» über Landammann Werner Stauffacher habe sie in der Haltung an die **geistige Landesverteidigung erinnert**: «Der Held wird als Urschweizer konstruiert.» Einzig von Peter Keller, SVP-Nationalrat und «Weltwoche»-Autor, erhielt De Weck Unterstützung: Die Kritiker der Dokufiktion vertreten einen **«verstaubten Feminismus, der den Geschlechterkampf weiterpflegt»**. Diesen Vorwurf liess die Freiburger Historikerin Regula Schmid nicht gelten: «Dass verschiedene gesellschaftliche Schichten einbezogen werden, ist kein feministisches Anliegen, sondern ein wissenschaftliches.»

Der SRG-Generaldirektor betonte auch, dass in der vierteiligen Folge «Die Schweizer» zwar Männer im Zentrum stünden, insgesamt die Frauen aber keineswegs ignoriert würden. Im Themenmonat zur Schweiz und zu ihrer Geschichte würden 300 Sendungen ausgestrahlt. «30 bis 40 davon zu Frauen.» Das fand der Basler Historiker Georg Kreis aber keine valable Rechtfertigung: «Mich beruhigt es nicht, wenn man sagt, man mache nachher Frauenporträts. Frauen gehören auch zum grossen Epos.»

Einen Frontalangriff auf Roger de Weck wagte die Publizistin Esther Girsberger: **«So etwas wäre doch nie passiert, wenn es eine Frau in der SRG-Geschäftsleitung gäbe.»** In diesem Punkt gab er ihr sogar teilweise recht: «Es ist inakzeptabel, dass die SRG keine Frau in der Geschäftsleitung hat.» Er gelobte Besserung. *Mirjam Comtesse*

Viele Tierversuche sind unnötig

TIERSCHUTZ Zwei Drittel der Schweizer sind gegen belastende Tierversuche, so eine Umfrage des Schweizer Tierschutzes. Obwohl es längst Alternativen dazu gibt, sterben hierzulande über 600 000 Versuchstiere.

55 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer halten Tierversuche für nötig. Belastende Experimente aber, bei denen Tieren Leid zufügt wird, sind für 66 Prozent ethisch nicht vertretbar. Das ergab die Umfrage «Tierversuche und Alternativmethoden», die der Schweizer Tierschutz (STS) Mitte August durchführte und gestern in Bern vorstellte.

66 Prozent lehnen Qualen ab

Dienen belastende Tierversuche der Entwicklung neuer Medikamente oder Therapien, können das noch 30 Prozent der Befragten akzeptieren. Geht es jedoch darum, die Unbedenklichkeit von

Alltagsstoffen wie Spülmittel zu testen, sagen 75 Prozent Nein.

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung ablehnt, dass Tiere für die Forschung gequält werden, gehört die Schweiz zu den Ländern mit einem sehr hohen Bedarf an Versuchstieren. So wurden 2012 an Universitäten, in Kliniken und in der Pharmaindustrie 606 434 Tiere «verbraucht», so der offizielle Fachausdruck. 121 927 Tiere liessen ihr Leben in belastenden Experimenten. Das sind Versuche, bei denen Ratten oder Kaninchen Tumoren implantiert oder Elektroden ins Gehirn gesetzt werden. 11 699 Tiere, darunter Affen,

Schweine, Schafe und Ziegen, wurden in schwer belastenden Versuchen verbraucht. Hierbei handelt es sich um Tests, bei denen Tiere etwa mit tödlich verlaufenden Infektionskrankheiten infiziert werden.

Steuergelder für Tierversuche

Das Gros der Versuche wird mit Steuergeldern finanziert. Nach Schätzungen unterstützen Bund und Kantone Versuchstierhaltungen und Experimente mit rund 100 Millionen Franken. Nach Expertenmeinung oft erfolglos. «92 Prozent der Medikamente, die sich im Tiermodell als wirksam erwiesen haben, schaffen wegen Nebenwirkungen oder fehlender Wirksamkeit die Hürden der klinischen Untersuchung nicht», so die grünliberale Nationalrätin und STS-Vorstandsmit-

glied Isabelle Chevalley. Auch gibt es in vielen Bereichen Alternativen zum Tierversuch. Zum Beispiel In-vitro-Methoden, die ausserhalb lebender Organismen durchgeführt werden. So kann an Schlachtabfällen oder menschlichem Gewebe, das nach Operationen anfällt, experimentiert werden. Die Umfrage ergab auch, dass 29 Prozent der Befragten ein Viertel der zur Subvention von Tierversuchen verwendeten Gelder in Alternativmethoden investiert sehen wollen. Das wären 25 Millionen Franken.

In den USA und in Deutschland wurde die Bedeutung von Ersatzmethoden längst erkannt. Die Schweiz dagegen laufe Gefahr, in diesem Bereich den Anschluss zu verlieren, so Corinna von Kürthy vom STS.

Juliane Lutz

Polizist wird verdächtigt

KINDERPORNOGRAFIE Ein früherer Mitarbeiter der Bundespolizei wird verdächtigt, auf dem Computer verbotenes kinderpornografisches Material heruntergeladen und konsumiert zu haben. Dies berichtete gestern TeleBärn. Die Berner Staatsanwaltschaft bestätigte gegenüber dem Sender, dass sie entsprechende Ermittlungen eingeleitet habe. Weitere Informationen zum laufenden Verfahren gab sie aber keine bekannt. Gemäss dem Medienbericht handelt es sich um einen 53-jährigen Mann. Nachdem der Verdacht aufgenommen sei, habe ihn die Bundespolizei im Juni dieses Jahres sofort entlassen. Bei der Bundespolizei war gestern Abend niemand mehr für eine Stellungnahme erreichbar. *bzi*

ANZEIGE

«Staatliche Eingriffe und Kontrollen führen immer zu mehr Bürokratie und höheren Steuern.»

Christine Kohli
Unternehmerrätin
Werb

NEIN ZU 1:12

www.1-12-nein.ch

Komitee NEIN ZU 1:12 (Nationaler Vorstand)
c/o Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Schulstrasse 98
Postfach 3001 Bern, info@1-12-nein.ch

PRO IHRER STÄRKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT